

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Werner Dreibus, Ulla Lötzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/4908 –**

### **Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Postgesetzes**

#### **A. Problem**

Entstehung eines Niedriglohnssektors durch die Liberalisierung des deutschen Briefmarktes, in dem der Wettbewerb bei unzureichender Kontrolle durch die Bundesnetzagentur durch Sozialdumping ausgetragen wird.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/4908 abzulehnen.

Berlin, den 9. Mai 2007

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Edelgard Bulmahn**  
Vorsitzende

**Alexander Dobrindt**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Alexander Dobrindt

### I. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 16/4908** wurde in der 94. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. April 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. geht unter Bezugnahme auf eine von der Gewerkschaft ver.di in Auftrag gegebene Studie davon aus, dass die Liberalisierung im Postsektor zu einem Niedriglohnwettbewerb führe. Die im Postgesetz festgeschriebene „Berücksichtigung sozialer Belange“ werde durch die Bundesnetzagentur im Rahmen der Lizenzerteilung für die Beförderung von Briefsendungen unter 1 000 g nur unzureichend umgesetzt. Es sei daher erforderlich, die sozialen Lizenzauflagen in einem ersten Schritt durch die Aufnahme der Mindestbestandteile Entgelt, Arbeitszeit und Urlaub zu konkretisieren.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 50. Sitzung am 9. Mai 2007 die Vorlage beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/4908 in seiner 37. Sitzung am 9. Mai 2007 abschließend beraten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** war der Auffassung, dass einem Wettbewerb über Niedriglöhne und einer Ausweitung ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse entgegengetreten werden müsse. Sie verwies darauf, dass bereits heute eine große Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Postbranche so gering bezahlt werde, dass der Staat das Einkommen durch Arbeitslosengeld II aufstocken müsse. Die

Sozialklausel des Postgesetzes müsse daher wie vorgeschlagen konkretisiert und durchgesetzt werden.

Die **Fraktion der FDP** sprach sich gegen die Orientierung an Mindestlohnstandards und für ein Festhalten an der Abschaffung des Briefmonopols aus. Sie erwarte, dass sich die Stärkung des Wettbewerbs auch in der Schaffung neuer Arbeitsplätze niederschlagen werde, was sich schon heute an der großen Zahl der durch die Mitbewerber der Deutsche Post AG neu geschaffenen Stellen ablesen lasse. Sie werde daher den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE. ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** brachte zum Ausdruck, dass die Aufgabe der Sicherung fairer Arbeitsbedingungen nach Abschaffung des Briefmonopols nicht gelöst sei. Sie befürworte die Einrichtung einer Mindestlohnkommission unter der Beteiligung der Sozialpartner und der Wissenschaft, die die Aufgabe erhalten solle, branchenspezifische Empfehlungen für Lohnstandards auszusprechen. Ferner müsse dem Sozialdumping im Rahmen der Anwendung des Arbeitnehmerentendegesetzes entgegengetreten werden.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** stellten fest, dass es problematische Tendenzen gebe, die aufmerksam beobachtet würden. So habe die Bundesnetzagentur ein weiteres Gutachten zur Entwicklung der Arbeitsbedingungen auf dem Postmarkt in Auftrag gegeben. Es sei auch nicht außer Acht zu lassen, dass es Verhandlungen der Sozialpartner und Verbände mit der Zielsetzung einer angemessenen branchenspezifischen Lohnentwicklung und eine breite politische Debatte zu Fragen eines Mindestlohnes gebe. Der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. greife dagegen zu kurz, da es der vorgeschlagenen Umschreibung der Sozialklausel im Postgesetz nicht bedürfe, um die branchenspezifischen Arbeitsbedingungen seitens der Bundesnetzagentur zu bewerten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Berlin, den 9. Mai 2007

**Alexander Dobrindt**  
Berichterstatter

